

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Br. & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verkaufsstelle: Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Fringsen monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitznerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Weitznerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7-spaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 280.

Dresden, Montag den 2. Dezember 1918.

29. Jahrg.

Rundgebungen für die Nationalversammlung

Das neue Gemeindegewahlrecht.

Durch die Nachrichtenstelle des Ministeriums des Innern ist uns folgende Zuschrift übermittelte:

Die Regierende Revolution hat eine Reihe von Vorarbeiten der besitzenden Klasse beauftragt, an deren Stelle die Gleichberechtigung aller getreten ist. Durch Gesetz vom 23. November 1918 wird auch für die Gemeindegewahlrecht der Städte und Landgemeinden das Vorrecht des Besitzes und Standes aufgehoben; es werden alle Gemeindeglieder aufgerufen, an der Gestaltung und dem Ausbau der Gemeinden mitzuwirken. Die stammenden Kräfte des Volkes werden gewirkt und der Gesamterfolg dienlich gemacht.

Um dieses Ziel recht bald zu erreichen, war das Ministerium bereits, die Wahlen bis zum 31. Dezember vollständig zu lassen. Es ist nun, zumal in wichtigen Großstädten und auch in einer Anzahl Landgemeinden durch die revolutionäre Kraft der Arbeiter- und Soldatenräte die Gemeindegewahlrecht befristet worden war, eine geordnete Erledigung der Verwaltungsdarstellung in den Gemeinden aber nicht nur eine Lebensfrage für die Gemeindegewahlrecht, sondern in noch höherem Maße für die Einwohner selbst. Wie die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln, Kohle usw. und die Gemeindegewahlrecht erleidet. Eine Unterbrechung oder Verhinderung dieser Tätigkeit kann bei dem großen Mangel an den Mitteln zu einer Katastrophe für die Bevölkerung werden.

Eine Ausdrucksweise mit Vertretern der Landgemeinden, mittleren und großen Städte Sachsen ergab aber, daß die Vorbereitung der Wahlen, Aufstellung der Wählerlisten und deren Kontrolle mehr als in Ausdruck nimmt, als vorgesehen war. Es ist sich auch heraus, daß trotz der Demobilisation des Heeres die Gemeindegewahlrecht noch nicht alle früher tätigen Kräfte frei bekommen haben. Diesem Bedenken hat sich das Ministerium nicht verschließen können und hat deshalb am 28. November 1918 ein abgeändertes Gemeindegewahlrecht erlassen, worin der äußerste Termin für die Gemeindegewahlrecht auf Sonntag den 8. Februar 1919 festgesetzt ist. In Gemeinden, wo eine Gemeindegewahlrecht nicht mehr besteht, ist die Durchführung der Wahl zu beschleunigen. Bis zum Ablauf der Wahl bleibe die bisherige Gemeindegewahlrecht bestehen, nach der Wahl der Gemeindegewahlrecht bleibt den Gemeinden die Erledigung des Amtsauftrags überlassen.

Für die Wahlen sind Ortsgesetze zu erlassen; eine Vorarbeit wird vom Ministerium des Innern ausgearbeitet und mit Erläuterungen den Gemeindegewahlrecht zugewiesen werden. Die Gemeinden sind an diese Vorarbeit nicht gebunden, sie wird aber den Gemeindegewahlrecht die Aufgaben erleichtern.

Die Ortsgesetze sind in den Städten vom Stadtrat und den Landgemeinden, auf dem Lande vom Gemeinderat zu erlassen. In Gemeinden, wo eine volle Gemeindegewahlrecht nicht besteht, kann der Stadtrat, Bürgermeister oder Gemeindegewahlrecht das Ortsgesetz selbst erlassen und nachträglich die Zustimmung der neu gewählten Gemeindegewahlrecht einholen. Wo Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, empfiehlt es sich, Bevollmächtigte der A.-u.-S.-Räte gutachtlich zu hören. Bei einigermaßen Zeit und Mühe werden sich hierdurch leicht abweichende Meinungen überwinden lassen. An dem Wahlgesetz darf natürlich nichts geändert werden.

Die Ausgabe des Rosters für ein Ortsgesetz wird sich um einige Tage verzögern. Den Gemeindegewahlrecht wird aber empfohlen, sofort an die Aufstellung der Wählerlisten zu gehen.

Das Wahlgesetz sieht für die Wahl gebundene Listen vor; der Wähler ist bei der Abstimmung an die von Partei- und Berufsgruppen aufgestellten Bewerberlisten in der Art gebunden, daß er nicht für Bewerber aus verschiedenen Listen stimmen darf. Nimmt er innerhalb einer Bewerberliste Stichwahlen oder Umstellungen vor oder fügt er Namen hinzu, die in keiner der eingetragenen Bewerberlisten stehen, so werden die Stimmzettel dadurch nicht ungültig; diese Veränderungen sind aber ohne Einfluß auf das Wahlergebnis. Jeder gültige Stimmzettel wird ohne Rücksicht auf die Vollständigkeit und Reihenfolge der Nennungen demjenigen Wahlverfänger zugerechnet, für den er erkennbar abgegeben ist.

Durch das Ortsgesetz kann auch die Verbindung verschiedener Listen vorgegeben werden.

Es empfiehlt sich, die Amtszeit der Gewählten nur auf eine kurze Zeit, etwa drei Jahre, zu bemessen. Ob eine teilweise oder Gesamterneuerung der Gemeindegewahlrecht einzutreten soll, bleibt der Vorrichtung des Ortsgesetzes überlassen.

Die Anforderungen an die Gemeindegewahlrecht sind groß. Wer aber die neue Zeit erwacht, mit altem Vorrecht aufkommen will, der wird freudig an die Arbeit gehen, die Mitarbeit aller an den großen Aufgaben einer neuen Zeit herbeizuführen.

Eine Überraschung bringt diese Zuschrift insofern, als es der ortsgewöhnlichen Regelung überlassen sein soll, zu bestimmen, ob die Gemeindegewahlrecht ganz oder teilweise durch die Wahlen erneuert werden soll. Wenn das auch durch die Wahlen erneuert werden sollte, dann hätte über diese Frage die bisherige Gemeindegewahlrecht zu entscheiden. Viele Frage die bisherige Gemeindegewahlrecht zu entscheiden, ist das Ortsgesetz noch aufzustellen hat. Unter diesen Um-

ständen wäre damit zu rechnen, daß es bei der bisherigen Dreiteilerneuerung bleiben und die meisten Gemeindegewahlrecht wahrscheinlich wenigstens für ein Jahr eine Mehrheit von Hausbesitzern und andern der neuen Freiheit abgeneigten Elementen behalten würden. Es erscheint dringend notwendig, alsbald Klarheit darüber zu schaffen, ob auch für die ersten Neuwahlen eine teilweise Erneuerung zulässig sein soll oder ob diese für später der ortsgewöhnlichen Regelung überlassen bleiben soll. Früher findet sich keine Bestimmung in den Publikationen über das Gemeindegewahlrecht, die die erste Annahme ausschließt.

Für die Nationalversammlung.

In der Volkversammlung der Soldatenräte von Groß-Berlin und Umgebung wurde beschlossen, die Verbrüderungen nicht als Frontsoldaten anzuerkennen und den Defektieren eine Vertretung zu verweigern. Daraus begann eine Kampfbewegung über die Nationalversammlung. Coblen, Reuß als Referent führte aus:

Die Frage der Nationalversammlung ist die wichtigste, die es gibt. Wir haben nicht mehr die alte Regierung. Die neue muß Wert auf unsere Stimmen legen. Ich bin für schnelle Einberufung der Nationalversammlung, weil sonst die Einigkeit Deutschlands in die Brüche geht, weil wir leben und arbeiten wollen, weil wir zu möglichst viel Sozialismus kommen wollen, weil wir ehrliche und aufrichtige Demokraten sind (Bravo!) und weil uns der Grundgedanke der Gleichberechtigung so tief ins Blut übergegangen ist, daß wir allen das politische Grundrecht, das Wahlbestimmungsrecht, das gleiche Wahlrecht sichern wollen und schließlich weil wir leider besiegte und abhängig sind von der Entente. Wir haben keine Nahrungsmittel und keine Rohstoffe. Liebesrecht und keine Anhänger sind gewiß von Idealen erfüllt. Sie wollen wie wir das beste. Aber sie irren sich. Wie steht es beim russischen Volkshunger? Die große Mehrheit der russischen Arbeiter hungert. Die Produktion ist unterbrochen und ruht. Die Produktionswerte der russischen Industrie sind halb so hoch als die Summe der ausgehulsten Löhne. Das Ende der Diktatur des Proletariats ist das Chaos und die Reaktion. Wir brauchen dringend die Nationalversammlung. Volkswort fordert, daß die Wahlliste nie werden, sonst wird die Wahl bis zum Winteranfang hinausgeschoben. Es bleibt uns kein Ausweg als die Nationalversammlung. Wir wollen nicht ausgenutzt werden. Auf das Weltproletariat können wir jetzt nicht hoffen. Im Siegeskampf macht man keine Revolution. Die Nationalversammlung gibt der Regierung die Basis, die von der Welt respektiert wird. Die deutschen Arbeiter und Soldaten haben es in der Hand, zu entscheiden, ob in Deutschland die Demokratie herrschen soll, oder ob aus dem Trümmerhaufen neues Leben entstehen soll. Es gibt, Diktatur oder Nationalversammlung. Es muß sich ein jeder entscheiden und dann muß auch jeder mit ganzer Kraft für diese Sache einsetzen. Das deutsche Volk muß sich entscheiden, ob es leben oder im Meer von Blut und Tränen untergehen will. (Beifall und Handklatschen.)

Kammerad Goshling als Gegenreferent erklärte:

Der Schrei nach der Nationalversammlung wird laut in der Presse, die früher von dem Rechte des Proletariats und der arbeitenden Menschheit nichts wissen wollte. Auf kapitalistischer Grundlage kann man den Sozialismus nicht aufbauen. Hüte wie uns vor dem konjunkturellen Planer. Wir wollen keine Herrschaft unter dem demokratischen Planer noch nichts. Nur er ist berufen, die Wahrheit kennt, fürchtet sich vor nichts. Nur er ist berufen, die Wahrheit zu sagen. Er spricht auch die Wahrheit nicht. Nicht auf der linken Seite spricht der Terror, sondern auf der rechten. (Beifall.) Die Diktatur des Proletariats bedeutet nicht, daß ein Verbrechen der Menschheit wie die bisherige Diktatur. Das internationale Kapital wird das deutsche unterjochen und dabei ist die Revolution verloren. Seien Sie auf der Hut. Halten Sie das Blut der für die Revolution Gefallenen rein. (Beifall und Handklatschen bei der Minderheit.)

In der Debatte sagte Kammerad Leutnant Büllner: Nicht nur der ist berufen, die Wahrheit zu sagen, der gelungert hat, sondern Wahrheit ist Wahrheit, wer sie auch sagen mag. Marx, Lassalle und Engels waren auch Kapitalisten. Das alte System ist gestürzt, weil sich das deutsche Volk mühsam erkämpft hat. Wollen wir uns nun wieder für unmündig erklären? Soll nur der Herr geschwehelt haben? Ich glaube es aufs Wort, daß Goshling kein Blut fließen lassen will. Aber wir haben es nicht, daß es nicht immer auf uns allein ankommt, daß die Ereignisse hinter sein können als die Menschen. Ist der Dummer da, dann liegt Blut. Hat Goshling solche Furcht vor der Reaktion? Wir müssen uns laut genug fühlen, um zu kämpfen gegen andere Weltanschauungen. Sonst ist unsere Bewegung verurteilt, noch ehe sie geboren ist. Das deutsche Volk muß urteilen. Wir haben den Rechtsanspruch des Volkes nicht zu fürchten. Wir wollen die Nationalversammlung. (Beifall.)

Nach weiterer Debatte wurde gegen zwei Stimmen eine Entschließung angenommen, die besagt:

Die Soldatenräte der Garnisonen Groß-Berlins sprechen sich dahin aus, daß die Nationalversammlung sprechen einberufen wird so schnell, als wie technisch möglich ist, und begründen daher den Beschluß der Reichsregierung vom 29. November 1918. Das dringende Gebot der Stunde ist jedoch, bis zur Nationalversammlung

mit aller Kraft für die Durchbringung des Volkes und der bestehenden Institutionen mit dem Geiste der sozialistischen Revolution zu wirken.

Rundgebung der Berliner Sozialdemokratie.

Im großen Saale des Rheingold fand am Sonntag in Berlin eine von der Berliner sozialdemokratischen Parteiorganisation veranstaltete von ungefähr 2000 Berlinern besetzte Rundgebung für die Sozialdemokratie statt, in der Ebert u. a. folgendes ausführte: Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur, keine Knechtschaft über Deutschland sein, sondern die deutsche Freiheit fest begründen. Die junge deutsche Volksrepublik soll auf Recht und Vernunft aufgebaut sein. Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinander zu fallen droht, wieder fest zusammenschließen. Nicht Separatismus, sondern eine einheitliche Zusammenfassung aller schaffender Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. Hier legt die grundlegende Aufgabe die Nationalversammlung, von der wir den endgültigen Frieden erwarten. Um die sozialen Erfolge der Revolution brauchen die Arbeiter nicht besorgt zu sein. Der Kapitalprofit wird stark erhöht, möglichst völlige Befreiung des arbeitenden Einkommens erreicht werden. Die Kriegsgewinne müssen restlos eingezogen, die Erbschaftsteuer verschärft und das Erbrecht der Republik geschaffen werden. Soll die Revolution und ihr Sieg gesichert werden, dann muß jede Futtsucht auf das entscheidende bekämpft werden. — Auch der zweite Referent Otto Braun bekannte sich zum Aufbau und zur Festigung der sozialdemokratischen Politik auf demokratischer Grundlage und zu einer entschiedenen Kampfanlage gegen bolschewistische Methoden. Im Auftrag der preussischen Regierung wurde ein Geheimgewalt ausgearbeitet, der dem Staate das Verkaufrecht an Landplätzen sichert. Die Dem- und Meerländerereien, wozu es in Deutschland über 2 Millionen Hektar gäbe, sollen in Kulturland umgearbeitet werden. Die Revolution, wonach der Beschluß der Reichsregierung, die Wahlen zur Nationalversammlung schon im Februar stattfinden zu lassen, einstimmig begrüßt wird, gelangte einstimmig zur Annahme.

Versammlung der Frontsoldatenräte.

Vom 1. Dezember. Heute versammelten sich die Frontsoldatenräte in Gms zu einer Tagung. Anwesend waren etwa 300 Delegierte, unter denen sich viele Offiziere befanden. In der Mehrzahl gehörten die Teilnehmer zu den Intellektuellen. In der Diskussion wurde allseitig der Wille des Volksheeres bekundet, hinter der Regierung zu stehen und etwaige separatistische Bestrebungen des Berliner Volkskongresses zu bekämpfen. Bei den Teilnehmern waren vielfach falsche Vorstellungen über Stärke und Bedeutung der Spartakusgruppe und des Schlagmord-Verdachts vorhanden. In der Nachmittags-Sitzung äußerte sich Volksbeauftragter Barth über die Lage in Deutschland, um die es schlecht bestellt sei und über die trostlose Lage der Truppen im Osten. — Kollektiv legte noch kurz das Verhältnis zwischen dem Volkskongress und der Regierung dar. Hieraus wurde ein Antrag angenommen, daß die Delegierten der Frontsoldaten fünf Mann als ständige Mitglieder in den Berliner Volkskongress abgeben sollen. In der nach längerer Debatte angenommenen Resolution heißt es:

Die Delegierten des Volksheeres sind gewillt, die Forderungen des Volksheeres gegen alle Gefahren und Angriffe zu verteidigen. Für den Neuaufbau ist die politische Demokratie, aber auch die schrittweise Sozialisierung der Betriebe notwendig. Die Streiks in den lebenswichtigen Industrien sind zu beklagen und können nur den Wiederaufbau gefährden. Der Vertretertag verlangt zur Sicherung der demokratischen und sozialen Ziele so schnell wie möglich die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung.

Die Sitzung wurde hierauf auf Montag vertagt.

Auch die Leipziger Volkszeitung gibt unter dem Zwang der Stunde den Widerstand gegen eine baldige Einberufung der Konstituante auf. Sie sagt dem Diktaturgedanken ab und schreibt: „Wenn nicht eine große entscheidende Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands sich für die weitere Einberufung der Wahlen zur Nationalversammlung erklärt, wenn unsere Bemühungen, die Mehrheit für diesen Standpunkt zu gewinnen, vergeblich bleiben, so müssen wir, so schwer es uns fallen wird, dem Reichsheer mitteilen, um den Erfolg der Revolution nicht in

Truppe zu stellen. Die gefährliche Lage, in der sich Deutschland jetzt zwischen Waffenstillstand und Frieden, unter den Waffen der unversöhnlichen Reaktionen der Entente, unter der furchtbaren Alternative der Hungersnot befindet, ergibt eine Reihe weiterer schwerwiegender Gründe, die diesen Entschluß rechtfertigen müssen.

Waffenmacht und Rosa.

Nach der Spartakusbund hatte in Berlin sechs Volksermächtigungen auf den gestrigen Sonntag einberufen. Diese waren sämtlich überflüssig, doch hatten sich überall zahlreiche Gegner eingestellt. In den Prachtzügen des Reichens sprach Karl Liebknecht. Er wandte sich gegen die Einberufung der Nationalversammlung. — Rosa Luxemburg sprach im Berliner Arbeiterparlament. Sie stellte fest, daß zwar die Unabhängigen nicht mehr mit der Spartakusgruppe gemein hätten und forderte auf, die Waffen zu ergreifen gegen die jetzige Regierung, Ebert-Scheidemann. Die Ziele des Spartakusbundes seien Vernichtung des Kapitalismus, Nichtanerkennung des Antikriegsriegens, Sozialisierung der Gesellschaften, Konfiskation sämtlicher Lebensmittel zum Zwecke der Verteilung und Heranführung der alten Regierung zur Rechenschaft über die blutige verfallene Politik. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen harte seien, so müßten dafür die Blutpunkte Lindenburg, Hoffmann, Lubendorff, vor das Kriegsgesicht gestellt werden.

Mit dem andern Redner und Rednerinnen sich gegen Rosa Luxemburg wandten, wurden sie — wie in der Volksversammlung im Dresdner Rathaus — niedergedrückt. Denn für diese anarchischen Geister und ihre wilde Propaganda ist ein halbwegs gemäßigter Gegenredner eine zu große Gefahr.

Entente und Nationalversammlung.

Nach einer Meldung aus dem Haag hat die amerikanische Regierung, wie die Times aus New York melden, die ehemalige deutsche Handelsflotte gemietet, die nach Deutschland Richtungsmittel überbringen werden. Die Verbringung wird aber, nach einer Mitteilung Vanings im Senat, erst beginnen, nachdem in Deutschland die Wahlen für die Nationalversammlung stattgefunden haben.

Eisner gegen Berlin.

Sonabend vormittag trat in der Abgeordnetenkammer die erste öffentliche Versammlung der Delegierten der Arbeiter- und Soldatenräte Bonens zusammen. Die Sitzung eröffnete Ministerpräsident Eisner mit einer zweifelhafte Rede. Die Grundfrage der neuen Demokratie seien die Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte. Die Quertreibereien der letzten Wochen haben weiter keinen Zweck, als diese Grundfrage zu erschüttern. Die neue Demokratie soll nicht darin bestehen, daß alle drei oder fünf Jahre Wahlen stattfinden, sondern daß die Wahlen sich selbst unmittelbar beteiligen, und mitarbeiten an den Angelegenheiten der Gesamtheit. Von den Unzulänglichen, die bei mir waren, und ungeachtet 99 Prozent der Bevölkerung hinter sich haben, ist nicht ein einziger Schritt nach der Nationalversammlung ausgesprochen worden. Es ist heute in der Weise zu leben, daß meine Zielsetzung erfüllt ist. Das ist nicht richtig.

Der Ministerpräsident besprach sodann die Gefahren, die dem Arbeiter, Soldaten- und Bauernrat von innen und außen drohen und kam dann auf die Dreierkette in der Folge zu sprechen, wo gewisse Kreise Feindschaft zu Frankreich zeigten. Wir wollen unter keinen Umständen auf die Folge verzichten. Dann kam der Ministerpräsident auf die letzte Sitzung in Berlin zu sprechen und führte aus:

Ich ging in der vorigen Woche als Regierungsbeteiligter nach Berlin. Dort hat sich mit ein überraschendes Schauspiel. Der ganze alte Regierungsapparat funktioniert noch vollkommen. Im auswärtigen Amt, wo noch die alten Herren sitzen, herrscht Scheidemann über meine Veröffentlichung. In jener Sitzung forderte ich unter allgemeiner Zustimmung und ohne Widerspruch, daß die durch die Veröffentlichung so bloßgestellten Männer, Zimmermann und S. Jago, sofort verhaftet werden müssen. Ich habe den Herren des alten Systems gesagt, ihr seid ohnmächtig, friedlos, und Waffenstillstandsverhandlungen zu führen. Man hat wohl auch in Berlin eine revolutionäre Regierung. Aber sie hat nichts zu sagen. Nützen kann nur die Ausräumung des auswärtigen Amtes. Die Herren gehen nicht freiwillig. Sie müssen gezwungen werden. Ich sehe das Volk Deutschlands in einer kräftigen Entfaltung der Glieder. Wenn Berlin nicht mehr aktivfähig ist, so müssen wir in Bayern versuchen, uns zunächst selbst zu helfen, nicht um uns loszulösen, sondern im Interesse des Ganzen zu handeln. Gelohnt uns das nicht, dann ist Deutschland verloren. Zum Schluß kommt der Ministerpräsident auf die Liquidierung des Militarismus zu sprechen und erklärt, daß auch die Volkswirtschaft eine Förderung von gestern und durch die Ereignisse überholt ist. Für die kommenden Friedensverhandlungen heißt Bayern die Forderung, daß die Armeen nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt befristet, und daß nur noch von Polizeitruppen die Sicherheit des Landes gewährleistet wird.

Demonstrationen gegen Eisner.

München, 2. Dezember. Der bayerische Ministerpräsident Eisner ist gestern im Nationaltheater in München bei einer Revolutionsfeier regelrecht ausgepfiffen worden und dazu noch von einer eingeladenen Subversivität. Als Eisner zu einer Ansprache auf die Bühne vortrat, wurde gepfiffen und Schmährufe auf ihn wurden laut. Ebenso in den Reihen heidenden Reichswehrsoldaten. Die Subversivität bestand aus heimgekehrten Soldaten und aus hoch- und mittelschulischen, denen keine Revolutionärer besonders gerecht war. Nach der sonntäglichen Stornomass an den Feldbetrieben sollte ein Anhänger Eisners das Publikum von der Freitreppe aus ansprechen, entsetzte aber einen Entschluß zum und mußte sich hinter die Reih-

denzwache ständen, verfolgt von einer empörten Menge, die sofort die rote Fahne an der Wache herunterholte und in Fesseln riß. Dann erschallten Rufe: Zu Eisner, die Weiber holen! Gemeint war das Soeben aus dem Felde zurückgekehrte Infanterie-Regiment, dessen jahrelange Entlassung der Soldatenrat befreit. Die Menge kümmte dann nach dem nahen Ministerium des Reichens. Die Demonstranten, welche davor stehen, wurden rasch erklettert und Klaus Eisner, raus, raus! schallte es zu den Fenstern des Ministeriums hinauf. Die im Hofe beteiligten Weibswache, darunter Matrosen mit Karabinern, hürzte auf die Straße und hielt die Menge mit Schreidbüchsen sowie einem rasch aufgestellten Maschinengewehr, und erzwangen auch schließlich die Vertreibung der Menge, deren Abzug unter dem Gesang baltischerer Pledet erfolgte.

Die Gewalt Herrschaft Tschechen.

Nach Wiener Meldungen sind die Tschechen im Anmarsch gegen die Grafschaft Olag. Traunau auf der Grenze zwischen Böhmen und Mähren. In Sudbowa räumt man kühnlich mit einem Einfall der Tschechen. In Prachatitz haben sie Wada und Post besetzt. Telegraph und Telefon haben unter Zensur. Militärischer des böhmer Nationalrats wurden verhaftet und nach Prag abgeführt. Die Verhaftung erfolgte in rüchlichsteher Weise. Ueber Prachatitz und Umgebung wurde der Kriegszustand verhängt.

Das Staatsamt des Reichens hat in einem in Wien erschienenen Veröffentlichen Schreiben an den tschechischen Botschafter gegen die Gewalttätigkeiten der Tschechen protestiert. Danach haben die Tschechen eine große Reihe deutscher Ortschaften in Böhmen und Mähren besetzt. Die deutschen Wachen vertrieben, einzelne Soldaten erschossen oder gefesselt. Die Depots mehrerer Orte geplündert und den Inhalt über die Grenze entführt.

Nach einer Meldung des tschechischen Pressebureau aus Prag soll Serajewo die Hauptstadt des neuen tschechischen Staates sein, wobei auch bereits die erste Nationalversammlung aller Südslaven einberufen worden ist.

Entwicklung des deutschen Militärs aus Lemberg.

Krakau, 1. Dezember. Das Lemberger Militärlagerkommando ordnete an, daß alle Offiziere und Soldaten der deutschen Armee binnen 48 Stunden die Stadt und ihre Umgebung verlassen. Ferner, daß die ohne Bewilligung der Militärbehörde organisierten jährlichen Abteilungen in Lemberg aufgelöst und entwirrt werden.

Die Räumung im Westen.

Krankfurt, 30. November. Die Kräfte des Generals v. K. R. über die Rhein bei Mainz in fünf Heereskörpern. Nachmittags erreichten Teile des Weichbilds Frankfurt, wo ihnen ein begeistertes Empfang zuteil wurde. Die Truppen sind in ausgezeichnete Verfassung und Stimmung.

Kassel, 30. November. Seit drei Tagen vollzieht sich hier der Durchmarsch der Truppen hauptsächlich brennigen, die in Kassel waren. Pariertruppen und Bayern. Da sämtliche Truppen durch Kassel marschieren müssen, kommen alle ohne Waffen an. Die Truppen, die sich bereits 16 Tage auf dem Hauptmarsch befinden, sind trotz in guter Verfassung und machen nicht den Eindruck eines geschlagenen Heeres.

Berlin, 1. Dezember. Nicht transportfähige Kranke und Verwundete, die in den zu besetzenden deutschen Gebieten zurückbleiben, werden zurückgeführt, sobald sie transportfähig sind. Die Transportfähigen dagegen werden gefangen, Kranke und verwundete Soldaten in den Kurorten müssen, sobald sie transportfähig sind weiter befördert werden.

Belgische Truppen in Aachen.

Berlin, 1. Dezember. Gestern nachmittag ist Aachen von zwei Regimentern belgischer Kavallerie besetzt worden, die mit Unterstützung der dortigen Gendarmerie und der Polizei in die Stadt einrückten. Es wurde sofort die belgische Zeit eingeführt und ferner bestimmt, daß alle Befehle um 8 Uhr abends gelassen werden müssen. Nach dieser Zeit darf sich niemand mehr auf der Straße blicken lassen. Einem Komitee der Soldatenrats das vom belgischen Kommandanten empfangen werden sollte, ließ derselbe erklären, daß der Soldatenrat abgesetzt sei und daß er nun in Aachen nur noch den Oberbürgermeister als Autorität anerkennen werde. Die Belagerten dürfen während zweier Tage nicht unterworfen. Jede Kritik an den Maßnahmen der Entente ist verboten.

Die Rückkehr des Ostheeres.

Berlin, 30. November. Im Osten sind die Räumungen und Rücktransporte unserer Truppen in großem Maßstabe eingeleitet worden. Zunächst werden Ostland, Kleinlitauen, das ganze Gebiet östlich der Linie Molo-Deleschno-Baranowitsch, Lauen und die Priem geräumt. Wegen der großen Entfernungen und der mangelhaften Bahnen dauert die Räumung längere Zeit. Die ersten kleinen Transporte sind in Ostpreußen angekommen. Durch die Verhältnisse in Polen werden die Räumungen sehr erschwert, aber nicht verhindert. Die Heeresgruppe Madensens befindet sich in ihrer Hauptmasse im Raum zwischen Szedz und Kronstadt. Kleinere Abteilungen sind bereits in Bayern und Schlesien angekommen.

Berlin, 1. Dezember. Die Waffenstillstandskommission in Spa besaßte sich in der gestrigen Sitzung mit der Frage der Internierung der Arme Madensens, über welche weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsabkommen darf die Armee Madensens nicht interniert werden, sondern muß sich unbedinglich über die deutsche Grenze zurückziehen.

Berlin, 1. Dezember. Drei Infanterie-Regimenter der Heeresgruppe Madensens sind in Oberberg eingetroffen.

Eine eiserne Division.

Mitau, 30. November. Der Zentralratsrat der 3. Armee unter Teilnahme des Reichskommissars für die baltischen Länder und des Präsidenten des Soldatenrats Mitau beschloß, heute als freiwillige Armee eine eiserne Division zu gründen, die den Zweck hat, den gezielten Abzug der Truppen aus dem Osten zu sichern und das Herüberströmen der bolschewistischen Wehe mit den Waffen in der Hand zu verhindern. Diese freiwillige Armee soll eine Kampfarmee sein und unter dem Kommando deutscher Offiziere stehen.

Erbert und Branting.

Berlin, 2. Dezember. Auf einen Privatbrief des Volkskongresses Erbert hat der Führer der schwedischen Sozialdemokraten Branting geantwortet, er hoffe, daß eine direkte Verständigung mit den bisherigen Gegnern immer mehr möglich sein werde, wenn diese jetzt läßen, daß mit den Rührhänden des alten Regimes ordentlich aufgeräumt werde. Er sende währenddessen Wünsche zum Durchhalten bis zur Konstitution.

Das Ende des Kampfes in Deutsch-Ostafrika.

London, 1. Dezember. Neuer meldet aus Lorenzo Marques vom 25. November: Entschluß wird bekräftigt, daß General v. Lettow-Vorbeck sich mit 30 Offizieren, 125 anderen Offizieren, 1165 Askaris, 1516 Trägern, 485 örtlichen und portugiesischen Trägern, 13 Eingeborenenhelflingen, 283 männlichen Eingeborenen und 819 Frauen ergeben hat. Die Askaris werden bis zu ihrer Heimkehrführung in Tabora, die Deutschen bis zur Ueberführung nach Europa in Dar-es-Salaam.

Gegenrevolutionäre Ausschreitungen.

Frontsoldaten gegen Arbeiter- und Soldatenräte. Siedum, 2. Dezember. Auf dem Bahnhof Wanne kam es zwischen der Bahnwache des Arbeiter- und Soldatenrats und einem aus dem Felde heimkehrenden Gardebataillon zu blutigen Zusammenstößen. Die Fronttruppen hatten einen Kapselzug niedergeschlagen. Darauf entzündete sich ein Feuerweh, wobei auch Maschinenengemeinde in Tätigkeit trat. Dabei wurden vier Frontsoldaten schwer verletzt. Die Gardisten kümmten all- dann das Amtsgebäude vor dem Bahnhof.

Kreuznach, 1. Dezember. Zu ersten gegenrevolutionären Ausschreitungen kam es in Kreuznach anlässlich der Totfeier, daß der Arbeiter- und Soldatenrat am dortigen Rathaus neben den Nationalräten auch die rote Fahne gehißt hatte. Diese wurde am Sonnabend auf Befehl eines Offiziers von mehreren Mannschaften gewaltsam herabgeholt und vor dem Rathaus in Anwesenheit eines dem Durchmarsch zulebenden Volksfests verbrannt. Nachdem diese Fahne durch eine neue ersetzt war, erschienen am Sonntag einige jüngere Unteroffiziere des hier einquartierten 8. Infanterie-Regiments mit Revolvern besetzt auf dem Bureau des Arbeiter- und Soldatenrats und erzwangen die Fahne unter dem lauten Beifall des Publikums. Kann hielt ein berittener Hauptmann eine patriotische Rede und brachte ein dreifaches Hurra auf den Kaiser und die Armee. Er forderte die Bürgerwehr, um auch den letzten Fahnenstempel des Rathauses zu entfernen. Das Publikum nahm dagegen eine drohende Haltung ein. Mit Rücksicht auf den Ruf und den Fremdenverkehr Kreuznach, nahm der Arbeiter- und Soldatenrat von dem weiteren Gehen der roten Fahne vorläufig Abstand.

Lloyd George über die Entschädigungsfrage.

In einer Rede am Nachmittage des 29. November in Reutcliffe führte Lloyd George aus: Es ist Grundlos, daß der Vellebene bracht. Nach diesem Grundsatß wollen wir gegen die Deutschland vorgehen, daß die Kriegskosten bis zur Höhe seiner Leistungsfähigkeit bezahlen muß. Deutschland darf die Entschädigung nicht auf die Weise haben, daß es England mit billigen Waren überflutet. Ueber die Schuld der Urheber des Krieges sagte Lloyd George: Wir meinen, daß die Untersuchung gerade aber ohne Konzeptionen sein und zu einer endgültigen Abrechnung führen muß. Was die U-Bootspionage angeht, so müssen die Vortaten bestraft werden.

In einem Teil seiner Rede, in dem Lloyd George über die Entschädigung sprach, sagte er: Die Allierten erwarten diese Frage. Wir haben eine große Kommission ernannt, in der jede Meinungsäußerung vertreten ist, um Deutschlands Leistungsfähigkeit zu untersuchen. An der Gerechtigkeit der Forderung ist kein Zweifel. Frankreich unterläßt diese Frage gleichfalls im Hinblick auf außerordentlich schweren Schäden, die seinen Städten zugefügt worden sind, abgeben von den Kosten der Führung des Krieges. Die Frage der Verantwortung für den Einfall in Belgien wurde einigen der größten Juristen dieses Landes übertragen. Es kommt schließlich zu der Ueberzeugung, daß der Kaiser sich eines strafbaren Verbrechens schuldig gemacht habe, für das er zur Verantwortung gezogen werden sollte.

Die Arme Madensens.

Berlin, 1. Dezember. Die Waffenstillstandskommission in Spa besaßte sich in der gestrigen Sitzung mit der Frage der Internierung der Arme Madensens, über die weitere Verhandlungen geführt werden. Nach dem deutschen Waffenstillstandsabkommen darf die Arme Madensens nicht interniert werden, sondern muß sich unbedinglich über die deutsche Grenze zurückziehen.

Deutsches Reich.

Die Wahlordnung zur Konstituante.

Die Wahlordnung zur konstituierenden Nationalversammlung bestimmt, daß auch Verlenen des Soldatenlandes berechtigt sind, an der Wahl teilzunehmen. Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist: 1. wer einmündig ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, 2. wer kraft rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt. Armenunterstützung und Konsum sind nicht mehr Gründe für den Verlust des Wahlrechts. Voraussetzung für die Berechtigung zum Wählen ist einjährige Reichsangehörigkeit. Auf durchschnittlich 100 000 Einwohner, berechnet nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910, entfällt ein Abgeordneter. Ein Weibsbauz mindestens 75 000 Einwohnern im Wahlbezirk wird den vollen 150 000 gleichgesetzt. Der Termin, wird den vollen 150 000 gleichgesetzt, ist noch nicht bis zu dem die Wählerlisten aufzulegen sind, ist noch nicht festgelegt. Die Wahlvorschlüge müssen von mindestens hundert Wahlberechtigten des Wahlkreises unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen tragen, als Abgeordnete im Kreise zu wählen sind. Mehrere Wahlvorschlüge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschlüge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend bis zu einem bestimmten Termin beim Wahlvorsteher angemeldet werden. Eine solche Verbindung kann nur gemeinsam zurückgenommen werden. Zur Prüfung der Wahlvorschlüge und Verbindung der Listen wird in jedem Wahlkreis ein Wahl-

Montag
aus
er mit
Künftig
vom
rauben, b) au
den Reid
nen und no
teilt hat
bei den Wahl
ammlung schä
rauen, wählt
und der so
Statistik der
Januar 1918
abgang g
schanden g
erlassen 23
obten 1911-
10000 Jahr
ellen a
Million
er Arige
nd demach
4 Mill. Frau
lichen. Auf
11 Millio
weget zuei
gen und die
in allem eph
Summe grol
nd 21 Millio
etropfengef
und 19000
gung wird
mischer Vo
s Fälligen

Berlin,
Egen Arze
aus Gefan
ind von dril
verleben, ih
genügend d
Rittel, em
und den Vere
gelaßen h
den Uniekt
den infolge
den zu jam
ern. Einwe
gügend verfor
ort hat die e
erung und b
er sich gehe,
Kriegsbesang
Rern und
die ihr Abtre
hellen und it
hat beritit b
Der S
Wahlhosen,

Reim
Berlin,
aufschreie
ind, einpote
Eintritt.
Königliche
treitoren Ent
Der Kriegs

Neues
arbeitet man
Belangen.
werden. Ger
kört werden.

Säch
Die Auf
Der A
In I
figung die
Verwaltung
den Volksh
sich zu info
griffen ste
den Eingrif
figung des
die meine r
fassung folg

Deh
Leipzig er
tragen des
9. Novembe
vorprachen
gab ich ale
ad, daß die
beeinträcht
eine Aufsich
Am
vorsteher, a
er werde i
Kollegiums
verändert
läm bei u
ein Dreißi
und aufgel
Ries wurd
Bewegunge
damit nur
ich nicht r
1918 in
Schwenden
Ermüny r
berordneten
Bei
wahlen ab
geben, wer
Berufung i
der bildige
bei finden
beizigen

Tagesbefehl

vom 20. November 1918.

Es daten, meldet euch bei der Entlassung bei eurem früheren Arbeitgeber. Sämtliche industriellen Unternehmer in Sachsen haben sich verpflichtet, jeden ihrer vormaligen Arbeiter und Angestellten, der aus dem Verdienst zurücktritt, wieder aufzunehmen und Arbeit und Verdienst zu geben.

Dresden, den 20. November 1918.

Stellv. Generalkommando XII.

Der Vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat.

Nährmittel-Verteilung.

§ 1. Von den für die Stadt Dresden auf die Zeit vom 24. November bis 21. Dezember 1918 ausgegebenen Nährmittelscheine wird befreit:

Wohltätig I der gelben Nährmittelscheine A mit 1/2 Pfund Rindergerstenmehl.

§ 2. Die Scheine sind in einem Kleinhandelsgeschäft am 2. oder 3. Dezember 1918 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufzunehmen und verpackt der zuständigen Weichstelle am 4. oder 5. Dezember 1918 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 3. Als Weichstellen sind eingerichtet:

- a) für die Großbetriebe des Kleinhandels, die Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhandler m. B. G. in Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler in Dresden die wiederholt bekanntgegebenen Stellen. (S 54)

b) im übrigen die Firmen:

- H. U. Hertel, Olfen-allee 23 Cito Kormann, Jirguststraße 20
F. W. Schmidt & Co., Neumarkt 12 Louis Naumann, Dobe-straße 107
H. Schönborn, Kleine Plauenische Gasse 16
H. U. Hertel, Olfen-allee 23 Cito Kormann, Jirguststraße 20
F. W. Schmidt & Co., Neumarkt 12 Louis Naumann, Dobe-straße 107
H. Schönborn, Kleine Plauenische Gasse 16

§ 4. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 9. Dezember 1918 erfolgen. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 40 Pf. für 1/2 Pfund.

§ 5. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1918 bestraft. Die Bestimmungen in § 4 der Bekanntmachung vom 12. November 1918 bleiben in Kraft. Dresden, am 20. November 1918. Der Rat zu Dresden.

Verteilung von Marmelade.

§ 1. Auf Anweisung „228“ der Lebensmittelkarte (24. November bis 23. Dezember 1918) wird 1/2 Pfund Marmelade verteilt.

§ 2. Krankenhäuser und Kliniken erhalten beim Weichgeschäft für Kranke auf dem Zivilstand Bezugscheine über je 1/2 Pfund Marmelade für jedes belegte Bett.

§ 3. Die Karte und Bezugscheine sind in einem Kleinhandelsgeschäft am 2. oder 3. Dezember 1918 anzumelden und vom Geschäftsinhaber in der bisherigen Weise aufzunehmen und verpackt der zuständigen Weichstelle am 4. oder 5. Dezember 1918 abzugeben. Nachmeldungen sind ausgeschlossen.

§ 4. Als Weichstellen sind eingerichtet:

- a) für Großbetriebe des Kleinhandels der Mitglieder der Einkaufsgesellschaft Dresdner Kolonialwarenhandler m. B. G. in Dresden und die Mitglieder des Einkaufsvereins Dresdner Kolonialwaren- und Produktenhändler in Dresden die wiederholt bekanntgegebenen Stellen,
b) im übrigen die Firmen:
Wachs & Flöhner, Ballgähden 4
Bramann & Co., Homotstraße 8
Flossad & Waldmann, Kleine Wodschir. 3
Wierbig & Wierlich, Teuriensstraße 11
Weger & Wermann, Friedrichstraße 10.
Georg Rohls Nachf., Steinstraße 9.
Georg Ransch, Brunner Straße 21
Otto Anders, Zeitmerstraße 38
Eidmal & Sohn, Zeitmerplatz 10/12
Julius Weich, Königsstraße 9.
Erich Meise, Schumannstraße 22.
G. Bretschneider, Schrebergasse 18.

§ 5. Die Abgabe an die Verbraucher darf nicht vor dem 9. Dezember 1918 erfolgen.

§ 6. Der Preis bei der Abgabe an die Verbraucher beträgt 1 M. für ein Pfund. (S 54)

§ 7. Zuwiderhandlungen werden auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1918 bestraft. Die Bestimmungen in § 4 der Bekanntmachung vom 10. November 1918 bleiben in Kraft. Dresden, den 20. November 1918. Der Rat zu Dresden.

Rohlenverbrauch in den bevorrateten Haushaltungen während der Monate Dezember 1918 bis März 1919.

Auf Grund von § 28 der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. März 1918 über die Brennstoffverteilung der Haushaltungen u. s. f. wird den Haushaltungen, die über Kohlenvorräte verfügen, die Verteilung folgender Kohlenmengen freigegeben:

1. Wohnungen mit Ofenheizung.

§ 1. 1. Vom 1. Dezember 1918 bis zum 31. März 1919 dürfen Haushaltungen mit Ofenheizung von ihren Kohlenvorräten so viel verbrauchen, als sie nach Maßgabe der allgemeinen Dresdner Verteilungsregelung für diese Zeit zu beziehen berechtigt wären, wenn sie keine Vorräte hätten.

2. Die zur Verteilung freigegebene Menge beträgt hiernach für den genannten Zeitraum:

- a) bei Haushaltungen mit einem jährlichen Wohnungsmietzins von höchstens 400 M.: 9 Hektoliter Kohlen (Braunkohlen, Steinkohlen, Industriebräufette) oder

Bekanntmachung.

1. Die Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe können vom

2. Dezember d. J. an

in die endgültigen Stücke mit Umscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kohleneinrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenlose Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummerfolge geordnet eingetragen sind, während der Vermittlungsstunden bei den genannten Stellen einzubringen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich. Firmen und Kästen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. Der Umtausch der Zwischenscheine für die 4 1/2% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4 1/2% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII findet gemäß unserer Anweisung d. Nr. 200/18 der öffentlichen Bekanntmachung bereits fest dem

4. November d. J.

bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kohleneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einbringen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium:

O. v. S. v. Grimm

Advertisement for optical equipment: Lichtbildapparat, präzise, Reich. f. 800 ab. elektr. Licht (Bildgr. bis 4:4 m), mit 7 m. Halbleinwand zu d. Abgelgen. (Straße 22, 4. L. [1628])

Advertisement for a hair salon: Haare 20 M. p. kg. Coarmanufaktur Schulte, Kollonnenstraße 40, 2.

9 Hektoliter Kohlen oder Anthrazit oder 1200 Stück Hausbrandbräufette oder 900 Stück Industriebräufette;
b) bei Haushaltungen mit einem jährlichen Wohnungsmietzins von mehr als 400 M. bis zu 1500 M.: 17 Hektoliter Kohlen (Braunkohlen, Steinkohlen, Industriebräufette) oder 17 Hektoliter Kohlen (Braunkohlen, Steinkohlen, Industriebräufette) oder 1700 Stück Hausbrandbräufette;
c) bei Haushaltungen mit einem jährlichen Wohnungsmietzins von mehr als 1500 M.: 25 Hektoliter Kohlen (Braunkohlen, Steinkohlen, Industriebräufette) oder 25 Hektoliter Kohlen (Braunkohlen, Steinkohlen, Industriebräufette) oder 2500 Stück Hausbrandbräufette.

§ 2. 1. Freigegeben wird, ohne Rücksicht auf die Höhe der Wohnungsmiete, der Heizbedarf für 2 Zimmer. Dieser beträgt in der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis 31. März 1919:
a) wenn 2 ein- oder zweifache Zimmer zu heizen sind: 60 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 60 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 6000 Stück Hausbrandbräufette;
b) wenn 1 ein- oder zweifache Zimmer zu heizen sind: 50 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 50 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 5000 Stück Hausbrandbräufette;
c) wenn 2 ein- oder zweifache Zimmer zu heizen sind: 60 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 60 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 6000 Stück Hausbrandbräufette.

§ 3. 1. Freigegeben wird, ohne Rücksicht auf die Höhe der Wohnungsmiete, der Heizbedarf für 2 Zimmer. Dieser beträgt in der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis 31. März 1919:
a) wenn 2 ein- oder zweifache Zimmer zu heizen sind: 60 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 60 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 6000 Stück Hausbrandbräufette;
b) wenn 1 ein- oder zweifache Zimmer zu heizen sind: 50 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 50 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 5000 Stück Hausbrandbräufette;
c) wenn 2 ein- oder zweifache Zimmer zu heizen sind: 60 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 60 Hektoliter Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlen, Industriebräufette) oder 6000 Stück Hausbrandbräufette.

§ 4. Neben den nach Ziffer 1-3 zur Verteilung freigegebenen Brennstoffmengen dürfen Haushaltungen mit Zentralheizung in der Zeit vom 1. Dezember 1918 bis 31. März 1919 9 Hektoliter Kohlen (Braunkohlen, Steinkohlen, Industriebräufette) oder 9 Hektoliter Kohlen (Braunkohlen, Steinkohlen, Industriebräufette) oder 900 Stück Hausbrandbräufette zur Beheizung des Kesselraums oder des Heizraums verbrauchen.

§ 5. Werden durch Ausnahmegenehmigungen in besonderen Fällen (Krankheit und dergl.) von Kohlenmengen einzelner Haushaltungen größere Brennstoffmengen als vorhergehend angeführt zur Beheizung freigegeben, so treten diese Mengen an die Stelle der Mengen in den Paragraphen 1 und 2.

§ 6. 1. Die Vorschriften, die dem einzelnen Haushalt nach Maßgabe der in den Paragraphen 1-3 freigegebenen Mengen zu befolgen sind, sind in § 1 der Bekanntmachung vom 13. November 1917 in Kraft.

2. Ausnahmen, die für die vergangene Zeit befristet worden sind, gelten für die neue Zeit nicht; für diese ist vielmehr ein neuer Antrag zu stellen.

Die Bekanntmachung der Verteilung in Wohnungen mit Zentralheizung ist zwar nicht verboten, doch können hierzu falls besondere Brennstoffmengen freigegeben bezug genommen werden.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung werden nach § 28 Abs. 1 der Bekanntmachung des Reichskohlenkommissars vom 30. März 1918 bestraft.

Dresden, am 20. November 1918. Der Rat zu Dresden.

Landes-Gasthaus-Kartoffelmarken

Auf Grund der Beschlüsse der Stadt Dresden wird mit Rücksicht auf die Herabsetzung der wöchentlichen Kartoffelmengen der Einzelverbraucher von 7 auf 5 Pfund in Abänderung der Bekanntmachung vom 18. September 1918 für die Zeit vom 1. Dezember 1918 an folgende bestimmt:

§ 1. Jeder Abnehmer der Landes-Gasthaus-Kartoffelmarken berechtigt zur Entnahme einer halben Maß Kartoffeln im Rohgewicht von 100 Gramm (bisher 1/2 Pfund) in allen Geschäften, Hotels und Speisewirtschaften, Fremdenhäusern und dergleichen.

In Speisewirtschaften oder in Fremdenhäusern dürfen an Personen aus einem oberständlichen Kommunalverbande gegen Vorlegung der Reichsfeilskarte ohne Abgabe von Abmessen einer Maß Landes-Gasthaus-Kartoffelmarken bei einer Maßzeit Kartoffeln im Rohgewicht bis zu 200 Gramm (bisher 1/2 Pfund) entnommen werden.

§ 2. Für je eine Landes-Gasthaus-Kartoffelmarke ist eine halbe Maß Kartoffelmarke A oder B zuzulassen. Bei dem Umtausch von Landes-Gasthaus-Kartoffelmarken gegen Kartoffeln in natura sind für jede Landes-Gasthaus-Kartoffelmarke 5 Pfund Kartoffeln zuzulassen.

§ 3. Zuwiderhandlungen werden nach § 8 der Maßbekanntmachung vom 18. September 1918 bestraft.

Dresden, den 20. November 1918. Der Rat zu Dresden.

Margarineverteilung.

Donnerstag den 5. und Freitag den 6. Dezember 1918 werden beliefert:

- a) die angemeldete Landeszeitkarte der Stadt Dresden „November N“ mit 80 Gramm Margarine;
b) der angemeldete Futterbezugschein mit 60 vom Hundert mit Margarine.

Der Kleinhandelspreis beträgt für 1 Pfund 2,46 M., für 80 Gramm 30 Pf., für 160 Gramm 78 Pf. Dresden, am 20. November 1918. (S 54)

Fettverteilung.

Die Belieferung der November-Fettbezugscheine für Großverbraucher findet

Donnerstag den 5. und Freitag den 6. Dezember 1918 statt.

Beliefert wird 1/2, der im Fettbezugschein bezeichneten Menge = 1/2, der im Monatsvertrag anerkannten Menge in Margarine.

Der Preis für ein Pfund Margarine beträgt 2,46 M. Dresden, am 20. November 1918. Der Rat zu Dresden.

Pelzwaren

Neuanfertigung u. Umarbeitung nach neuesten Modellen sauber u. billig. 111515 Ein gr. Fuchskragen 35 Polster für Pelze. Einzelne Pelze für Pelze. Franz Peterka, Birnallee Str. 2, III.

Advertisement for a hair salon: Silberhaar und Veilour für Damen, Winter. Dulhase, König-Johann-Str. 21, Hauptstadt 20.

Pferde-Versteigerung.

Mittwoch den 4. Dezember, vorm. von 8.30 Uhr an, gelangen in der König-Albert-Kaserne - Amtshaus-Kaserne 12 - in Dresden-Altenstadt rund 130 arbeitsfähige, mittlere Zugpferde zur Versteigerung. Zugelassen werden nur Pferdegebräute, die sich im Besitz einer Pferdebesitzer befinden. Günstigen ist der Besuch der Versteigerung unterliegt. (S 253) Erf.-Mittg. Feldart.-Regt. 12.

Advertisement for Spartafest: Spartafest Loischwitz. Gemeinde-Verwaltungsgebäude, Grundstraße 3, 1. Etage. Tägliches Vergnügen der Gaiagen zu 3/4 v. 5. Volkshaus, Nr. 9082, Amtshaus. (S 254) Gemeindegroßkassentor. (S 254) Verlags- eröffnet vorm. 9-1 Uhr. Fernspr. Amtshaus 20.

Advertisement for Spartafest: Spartafest Loischwitz. Im Rathaus täglich geöffnet, sowie jeden Mittwoch von 8.30 bis 11 Uhr und jeden Sonntag und Feiertag im Volkshaus 11 bis 12 Uhr im Volksfest-Restaurant im Volkshaus. Tägliches Vergnügen mit 3/4 v. 5. Volkshaus, Nr. 9082, Amtshaus. (S 254) Gemeindegroßkassentor. (S 254) Verlags- eröffnet vorm. 9-1 Uhr. Fernspr. Amtshaus 20.

Advertisement for Spartafest: Spartafest Briesnitz. bei Dresden. - Linie 21. Tägliches Vergnügen 3/4 v. 5. Volkshaus, Nr. 9082, Amtshaus. (S 254) Gemeindegroßkassentor. (S 254) Verlags- eröffnet vorm. 9-1 Uhr. Fernspr. Amtshaus 20.

Advertisement for a hair salon: Haare 20 M. p. kg. Coarmanufaktur Schulte, Kollonnenstraße 40, 2.

Stadt-Chronik.

Die Künstler nach der Revolution.

Am Sonntag wurde in der Kunstgewerbeschule in Dresden eine zweite Versammlung des Arbeiterrats...

Kürsorge für die Feldarbeiter, zwangsweise Metzgereiverwaltung der Künstler...

Dieses Programm veranlaßt eine längere und lebhaftere Debatte, in der besonders auch die wirtschaftliche Seite...

Es wurde schließlich auch weiterer Verfolgung der Angelegenheit ein Ausblick ins Leben gerufen...

Städtische Grundstücke, die für Kleinwohnungsbauten in Frage kommen.

Nachdem die städtischen Körperkassen in letzter Zeit durch Ankäufe in Bruna, Traugott und Neustadt...

Die Dresdner gemeinnützigen Bauvereinigungen verfolgen neben diesen noch ältere Projekte...

Neubaupläne der Dresdner Baugenossenschaften.

Der Dresdner Spar- und Bauverein kauft im Jahre 1918 am Gröblichplatz Land für 400 Wohnungen...

Damenagitation.

Die bürgerlichen Frauenvereine Dresdens hatten ihre Anhängerinnen für eine am Sonntagabend im großen Saale...

Die Hauptrednerinnen des Abends waren Frau Julie Salinger und Frau Scheven, die beide über die Bedeutung...

In der Debatte sprachen in zustimmenden Sinne Vertreterinnen der einzelnen Frauenorganisationen...

Forderungen der städtischen Beamten.

Die städtische Beamtenschaft veranstaltete am Sonntag im Künstlerhaus eine von mehr als 1000 Personen besetzte Versammlung...

Im Hinblick auf die Entlohnung wurde unter allgemeinem Beifall einstimmig beantragt, den Rat zu erwidern...

Der Roman muß leider heute wegen Raummangels ausfallen.

Ermordung einer Kartenzuglerin durch eine Dresdner Arbeiterin. Wie das Leipziger Volksblatt bekannt gibt...

4. Kreis, Dresden-Neustadt. Mittwoch den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im Jugendheim, Dreyßstraße 12, 1., eine Frauen-Versammlung statt...

6. Kreis, Bezirk Coschub, Gittersee, Burgl und Kleinnaudorf. Dienstag den 3. Dezember, abends 8 Uhr, findet in der Neuhofstraße, Gittersee, eine wichtige Sitzung...

Was der Umgehung.

Coschub. Auch besserer Vorstellung verschiedener Lebensmittel werden als Einzelnheiten erbracht...

Rechnis-Kassette. Dienstag, den 3.-12. Uhr, in Preußens Gut, Verkauf von roten Rüben und Kartoffeln...

Wahl. Der Straßenbahnverkehr wird bis auf weiteres insoweit aufrechterhalten, als auf dieser Linie noch nachmittags 4 Uhr ein Abwärtiger Pendelverkehr von Wenzig...

Verkauf. Dienstag, den 3. Dezember, abends 7 Uhr, im Gasthof Goldenes Rad...

Abgabe. Ackerselektion in der Schulturnhalle auf die Wochenabende vom 15. Dezember 1918 bis 19. Januar 1919...

Kabarett. Die Stadtverordneten wählten als Stadtdirektor den bisherigen sozialdemokratischen Stadtrat...

Leben • Wissen • Kunst. Theophano.

Oper von Paul Gruner, Erstaufführung im Opernhaus.

Genie ist ein geistesartiges Wesen, um die Bedeutung des Werkes für unser Leben anzuheben...

Dresdner Kalender.

Theater am 2. Dezember. Opernhaus: Theophano (7). Schauspielhaus: Jephtha auf Tarsus (6)...

Kleine Mitteilungen.

Eine Schule für Schauspiel- und Bühnenkunst wird am 1. Januar 1919 vom Alberttheater eröffnet...

Die künstlerische Leitung der Dresdner Oper liegt in den Händen eines Arbeitsrates, der aus Komponisten, Spielern...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Seckel. Verantwortlich für den Inseratenteil: Max Seckel...

Advertisement for 'ymians hall theater' with address and contact information.

